

Bezirk - 2030 + - Mehr Fragen als Antworten

### **Anrede**

- Mindestzuführung – kein Problem,
- Fallzahlsteigerungen – noch kein Problem,
- Schuldenabbau – kein Problem.

Das kommende Jahr ist mit Blick auf die Haushaltssituation **auch** aus Sicht der GRÜNEN noch ein gutes Jahr. Das liegt an der anhaltend guten wirtschaftlichen Lage in Bayern, speziell in der Metropolregion München. Dass der Hebesatz - auch aus politischen Gründen wegen der bevorstehenden Kommunalwahlen (und wer will schon jetzt Ärger mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten?) - nicht angehoben werden soll, mag politisch motiviert sein, ist aber in diesem Jahr auch haushalterisch vertretbar.

Wir haben aber durchaus einige Unwägbarkeiten. Unserem Kämmerer Herrn Getzlaff und seinem Team sei an dieser Stelle herzlich gedankt – Wir haben uns schon überlegt, ob eine Glaskugel das passende Weihnachtsgeschenk für Ihr Team wäre. **Niemand** von uns weiß, welche konkreten Folgen das von allen gewünschte BTHG und das BayTHG haben werden - außer dem bereits bewilligten Stellenaufwuchs, den wir durchaus kritisch sehen, denn: die Hilfe soll bei den Menschen ankommen! **Niemand** von uns weiß, was das Angehörigenentlastungsgesetz für Folgen haben wird. Dabei ist es zu begrüßen, wenn Menschen, die zuhause nicht adäquat versorgt und gepflegt werden können, jetzt die Chance auf eine bessere Betreuung in einem Pflegeheim haben. Aber das kann nur dann gelingen, wenn ausreichend Pflegekräfte vorhanden sind. Darauf werde ich später nochmals eingehen.

**Niemand** von uns weiß, wie die Verhandlung mit der LH München zur Kostenerstattung im nun anhängigen Klageverfahren zur ambulanten Pflege ausgehen wird. Es geht um eine nicht unerhebliche Summe!

Dem Bezirk Oberbayern fällt es auch in diesem Jahr erstaunlich leicht, einen ausgeglichenen, genehmigungsfreien Haushalt zu präsentieren, ohne Kreditaufnahme auszukommen, den niedrigsten Schuldenstand seit Gedenken zu präsentieren und dennoch die zentralen Aufgaben zu bewältigen.

**Jedoch:** wir schmelzen die Rücklage ab - das können wir uns nur einmal leisten! Die Entwicklung der Umlagekraftzahl in Oberbayern ist beeindruckend: ein Plus von 10,8 und damit eine Steigerung um rd. 798,5 Mio € auf 8.191.420.00 €.

Wir werden künftig härtere Diskussionen führen müssen, wenn es um die Mittelverteilung für eine solidarische, vielfältige und offene Gesellschaft geht. Eine Gesellschaft, die einige hier im sogenannten Sozialparlament vertretenen Gruppierungen nicht möchten. Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, gemeinsam zusammen zu stehen, eine klare Haltung zu zeigen, sich deutlich gegen Rechts zu positionieren und sich für unsere Demokratie einzusetzen. In seiner Rede auf dem Bundesparteitag der CSU hat der Parteichef der CSU, Markus Söder, seine Partei davor gewarnt, mit der AfD zusammenzugehen oder deren Positionen zu kopieren. **Die Bayerischen Bezirke stehen für eine sozial gerechte, offene Gesellschaft!**

Bislang ist es nicht gelungen, die Finanzierung der bayerischen Bezirke auf neue Füße zu stellen. Das Spitzengespräch ist erwartungsgemäß enttäuschend ausgefallen. Der Freistaat setzt andere Schwerpunkte und verletzt immer wieder das Konnexitätsprinzip. Hier sehen wir den Bezirkstag in der Pflicht - ein eigener Anteil aus dem Steuerverbund für die Bezirke führt zu Planungssicherheit für alle kommunalen Ebenen! Lassen Sie uns das gemeinsam vorantreiben. Es ist schon nahezu lächerlich, wenn wir bereits spätestens Mitte Januar die Mittel, die für die Aufgabenbewältigung benötigt werden, aufgebraucht haben und die Landkreise und kreisfreien Städte über die Umlage „zur Kasse gebeten werden“. Daher unterstützen wir eine Klage gegen den Freistaat durch den Bayerischen Bezirkstag, die hoffentlich angestrebt und beschlossen wird.

## **Soziales - eine Steigerung zu 2019 um 170,1 Mio €**

Wir alle wollen, dass die Hilfen bei den Menschen direkt ankommen. Wir werden sehr genau darauf schauen, ob und wie Verbesserungen erzielt werden. Das BTHG und das BayTHG – ein Systemwechsel, den wir alle unterstützt haben. Weg von der Sozialhilfe, hin zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe!

Es ist schon bitter, dass der Hauptanteil der Hilfen für Menschen mit Behinderungen im Erwachsenenbereich immer noch im stationären Bereich liegen und der teilstationäre und ambulante Bereich im Vergleich immer noch kümmerlich sind und das mehr als 10 Jahr nach Ratifizierung der UN-BRK. Auch unsere Bemühungen über Modelle, die insbesondere auch in unserem GSV-Gremium und den zahlreichen Arbeitsgruppen entwickelt werden, sind da nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Dass wir beim Bedarfsermittlungsverfahren noch immer nicht weitergekommen sind, ist für alle Beteiligten die schlechteste aller Lösungen. Viele Bundesländer machen vor, wie es gehen kann. Wir müssen das Rad nicht immer neu erfinden und dürfen auch den Rat und die Erfahrung anderer einholen.

Die Forderung aus dem letzten Jahr, endlich die Schulbegleitung neu zu regeln, muss ich leider aufrechterhalten. Es hat sich nichts bewegt. Ganz im Gegenteil: Hier ein jüngstes Beispiel aus meinem Heimatlandkreis Starnberg in dem einem Grundschüler der Besuch der Schule – just am Tag des Heiligen Nikolaus – verweigert wurde, weil seine Schulassistenz erkrankt und die Ersatzkraft von der Schule nicht anerkannt wurde.

Wir meinen es **ernst**

- mit der Umsetzung der UN-BRK,
- mit dem Wunsch- und Wahlrecht der Betroffenen,
- mit ambulant vor stationär.

## **Hilfe zur Pflege**

Das Angehörigen-Entlastungs-Gesetz – also der Wegfall der Überleitung der Unterhaltsansprüche dürfte auf jeden Fall zu einer Ausgabensteigerung führen. Der Zuschussbedarf bei der Hilfe zur Pflege wird also nicht nur aus demographischen Gründen zunehmen. Gleichzeitig haben wir durch mehrere Faktoren eine problematische Situation bei den Fachkräften. Mit der Einführung der Generalistik in den Pflegeberufen ist zu befürchten, dass insbesondere in der Altenpflege weniger qualifizierte Fachkräfte gewonnen werden. Insbesondere in den Regionen, in denen die Lebenshaltungskosten hoch, der Wohnraum teuer und knapp ist, wird es zu noch mehr Engpässen kommen. Allein die Investition in mehr stationäre Pflegeplätze hilft da gar nichts – die können zum Teil schon gar nicht mehr belegt werden, da die Heime die Personalquoten nicht erfüllen.

## **Kliniken**

Grundsätzlich sind die kbo-Kliniken gut aufgestellt, mit einem Mix aus ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen, einem breiten Angebot in den Regionen und das stetige Bemühen um innovative Versorgungs- und Behandlungsmethoden. Hierfür ein großer Dank an die Leitung und alle Mitarbeitende sowie den Betriebsrat in den Kliniken.

Die Krankenhausfinanzierung unter den Bedingungen des neuen PsychVVG (Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen) stellt allerdings die Kliniken vor neue Herausforderungen. Bis jetzt kann niemand sagen, wie sich die neuen Vergütungen auf die Kliniken auswirken werden. Auch wie zukünftig Investitionen finanziert werden sollen, ist völlig ungeklärt. Hier ist die Politik gefragt, Lösungen zu finden.

Auch zur Personalbemessung bleibt aus unserer Sicht das Gesetz hinter den Erwartungen zurück. Statt die Chance zu nutzen und eine Personalbemessung einzuführen, die sich nach dem tatsächlichen therapeutischen und pflegerischen Bedarf für eine Behandlung richtet, deutet nun alles darauf hin, dass es Personaluntergrenzen und damit eine Minimalpersonalausstattung geben wird. Dies berücksichtigt jedoch weder den notwendigen Personalmix auf den Stationen noch den Bedarf einer zwangsarmen Psychiatrie.

Eine bedarfsgerechte Versorgung und gute Arbeitsbedingungen werden so nicht erreicht. Stattdessen brauchen wir eine Personalbemessung, die das Notwendige und nicht nur das Mindeste in den Blick nimmt. Deshalb läuft es zu diesem Gesetz auch eine Petition auf Bundesebene, die wir unterstützen.

### **Energie/Bauen:**

Wir freuen, dass der Umwelt- und Klimaschutz im Bezirk nun den Stellenwert erfährt, den er verdient und auch benötigt. Sehr spät – auch als Optimistin sehr ich die Zeit davonlaufen – und fordere Sie alle auf, mit Nachdruck, konsequent und prioritär auf allen Ebenen, auf welchen Sie politisch Einfluss nehmen können, den Klimaschutz ganz oben auf Ihre Agenda zu setzen. Lassen Sie uns unsere Entscheidungen immer auch unter Aspekten der Auswirkungen auf das Klima prüfen und nach den besten Alternativen suchen. Ein wichtiger Beitrag ist mit Sicherheit der Beschluss zur CO2-neutralen Verwaltung.

Später, wenn der Antrag hoffentlich mit großer Mehrheit verabschiedet wird, ist ein wichtiges Ziel definiert.

Dann beginnen die Hausaufgaben, denn der Willensbekundung müssen nun umfangreiche Maßnahmen und eine konsequente Evaluation folgen.

An der Formulierung, der Umsetzung und der Evaluation der Maßnahmen werden wir uns tatkräftig beteiligen.

Handlungsfelder werden u. a. sein:

- Mobilität, über die wir später noch zu sprechen haben.
- weiterer Ausbau der Erneuerbaren Energien
- umweltverträgliches Bauen
- Ökologische Landwirtschaft
- Naturschutz (ist auch wichtig im Hinblick auf das Auslaufen der Dialogreihe zum Hotspot-Projekt der Alpenflußlandschaften): der Verlust der Artenvielfalt geht weiter, und auch wir im Bezirk Oberbayern sind noch stärker gefragt. Deshalb wollen wir die Kommunen und Landkreise unterstützen, vorbildliche Projekte voranzutreiben und

diese publik zu machen. Mit einem "Oberbayerischen Tag der Artenvielfalt" wollen wir auf das bewährte und erfolgreiche Modell der Kooperation mit den Kommunen, wie es ja das ZAMMA-Festival im Kulturbereich exzellent durchgeführt wird, auch im Bereich Naturschutz weiterführen.

### **Erinnerungskultur**

Der Arbeitskreis „**Erinnerungskultur**“, der zunächst nur auf Verwaltungsebene gearbeitet hat, hat seine politische Arbeit aufgenommen. Ich bin optimistisch, dass wir unsere Vergangenheit nun aufarbeiten, den Opfern einen Namen und ihre Würde zurückgeben und den Angehörigen mit Informationen zu Seite stehen.

### **Kultur- und Heimatpflege:**

Auch in diesem Jahr können wir in der Gesamtschau sagen, dass der Bezirk Oberbayern in der Kulturarbeit und Heimatpflege viel Positives bewegt hat. Viele kleine und mittlere Initiativen wurden gefördert, daneben gab es Förder- und Kulturpreise, das ZAMMA-Festival und die fachlich gute Arbeit unserer Einrichtungen, der Verwaltung und der Fachberatungen. Erlauben Sie mir, dass ich einige wenige exemplarisch herausgreife.

Dass sich für das ZAMMA-Festival in unseren Unterlagen nur eine – wenn auch sehr schöne – Bewerbung fand, stimmt nachdenklich. Die Kulturbeauftragte des Bezirks, Frau Kollegin Barbara Kuhn, hat bereits zugesagt, dass sich der Kulturausschuss des Themas annehmen wird. Vielen Dank.

Ich möchte die Wichtigkeit unserer Imkereifachberatung, die große Anerkennung weit über die Grenzen Oberbayerns hinaus genießt, betonen. Das Volksbegehren zur Rettung der Artenvielfalt hat ja eindrücklich gezeigt, wie wichtig das Thema für unser Überleben ist.

## **Bezirksjugendring**

In der Jugendarbeit, die uns sehr am Herzen liegt, gibt es ein gutes, kooperatives Miteinander mit dem Bezirksjugendring.

Was fehlt ist die seit langem im Gespräch befindliche Fachstelle gegen Rechts. Dazu hatte ich im vergangenen Jahr bereits Ausführungen gemacht. So wie es aussieht, war der von Prof. Endres moderierte „runde Tisch“ erfolgreich. Unser Ziel: die Multiplikator\*innen vor Ort zu unterstützen und zu stärken, um junge Menschen gar nicht erst den Gefahren, der rechten Propaganda auszusetzen.

## **Fachkräftesicherung und Verwaltung**

Fachkräftesicherung – hier gibt es einerseits die Innenschau - wie gelingt es uns, ausreichend qualifizierte und motivierte Mitarbeitende zu finden und zu halten. Aber auch die Einrichtungen müssen sich dieser Herausforderung stellen. Dass ein GSV-Projekt zur Beschlussbehandlung empfohlen und dann den Weg nicht auf die Tagesordnung fand, lässt mich am Sinn und Zweck des Gremiums zweifeln. Solange wir – mehr oder weniger informelle Gremienstrukturen haben – muss sichergestellt sein, dass die Prozesse korrekt laufen. Wenn das nicht der Fall ist, müssen wir uns über die Struktur unterhalten.

Wir verzeichnen – insbesondere durch das BTHG – eine enorme Steigerung im Stellenplan. Häufig können diese Stellen – aus verschiedenen Gründen – nicht besetzt werden. Ein Grund ist sicher der enge Korridor des TvöD. Daher ist es richtig, ebenso wie LH M und einige Landkreise in der Metropolregion die sog. Großraumzulage zu gewähren. Dass es dazu – lange nachdem im Rahmen einer Fraktionsvorsitzendenrunde bereits konkrete Berechnungen der Verwaltung vorlagen und Herr Präsident als Leiter der Verwaltung bereits mitgeteilt hatte, dass diese eingeführt wird – die Kooperationspartner einen entsprechenden Antrag einreichen, lässt zwei Vermutungen zu:

1. etwas Kreativeres, um endlich einen Antrag einzubringen, ist den Kolleg\*innen nicht eingefallen oder
2. Herr Präsident wird in den eigenen Reihen nicht mehr 100 %ig unterstützt.

Neben der Großraumzulage bedarf es aber weiterer Instrumente, um als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Neben Wohnraum sind das insbesondere Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie uvm.

Die nun beauftragte externen Begleitung zur Umstellung auf eine „moderne Sachbearbeitung“ werden wir sehr kritisch begleiten. Es wäre nicht die erste Untersuchung, für die wir viel Geld ausgegeben haben und deren Mehrwert eher mäßig war.

**Satzung:**

Keine Überraschung: wir werden dem Haushalt und dem Satzungsbeschluss zustimmen.

**Dank:**

Danken möchte ich im Namen der Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Einrichtungen und Fachberatungen sowie der Kliniken des Bezirks Oberbayern. Danken für Ihr Engagement und Ihren Einsatz. Unser Dank gilt dem Gesamtpersonalrat und dem Betriebsrat sowie dem Verwaltungsrat und dem Vorstand der Kliniken.

Ihnen allen frohen Festtagen, eine geruhsame Zeit „zwischen den Jahren“, ein gesundes und glückliches Neues Jahr. Lassen Sie uns mit Mut und Zuversicht die Aufgaben anpacken. Für ein vielfältiges, soziales und offenes Bayern!